

Im zweiten Anlauf: Räte stimmen für IGI

Warthauer Rat fordert Verbesserungen beim Umweltschutz - Jautz legt Verbandsvorsitz nieder

Von Andreas Spengler

Warthausen

Im zweiten Anlauf hat der Warthauer Gemeinderat der Aufstellung des Bebauungsplans für das Industriegebiet im Rißtal (IGI) zugestimmt. Doch einige Räte fordern Nachbesserungen in Sachen Klimaschutz. Überraschung löste eine Ankündigung des Warthauer Bürgermeisters aus.

Zu Beginn der Sitzung musste Anja Kästle nochmals klarstellen, was heute zur Diskussion stand. Die Warthauer Hauptamtsleiterin warf ein langes Flussdiagramm an die Wand, markiert war die erste Zeile. Die Botschaft war eindeutig: Noch steht das Bauleitplanverfahren zum IGI ganz am Anfang. „Es geht heute nur darum, ob wir an der Stelle einen Bebauungsplan haben wollen, nicht wie er im Detail aussehen soll“, betonte Kästle. Doch die Warthauer Räte sahen die Entscheidung als maßgeblich an und nutzten die Sitzung, um ihre Standpunkte abzustecken.

Rudolf Haug vom Ökologischen Bürgerbündnis (ÖBB) kritisierte: „Wenn wir ein Industriegebiet bauen, muss es 100-prozentig CO₂- und klimaneutral sein. Alles andere ist unverantwortlich. Wir sollten nicht blind einen Bebauungsplan aufstellen, in dem davon nichts vorkommt.“

Franz Schuy (CDU) entgegnete: „Wo wären wir heute, wenn sich der Biberacher Gemeinderat vor 50 Jahren gegen die Ansiedlung von Industrie ausgesprochen hätte?“ Die geforderte Transparenz sei gegeben und das IGI werde dringend benötigt.“ Auch Schuy sprach sich dafür aus, ökologische Maßnahmen wie eine Begrünung von Fassaden, naturbelassene Grünstreifen und Biotope umzusetzen.

Auch Ulrich Geister (FW) drückte seine Zustimmung für das IGI aus, kritisierte aber erneut, dass die Gutachten bei der vergangenen Sitzung nicht vorgelegen hatten. „Transparenz ist vor allem bei dem Projekt elementar wichtig.“ Geister betonte aber auch: „Wohlstand ist kein Selbstläufer, wir müssen den Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.“ Das Projekt müsse jedoch „maximal klimafreundlich und ökologisch“ umgesetzt werden.

Philipp Eggensberger (ÖBB) fügte hinzu: „Wer wäre in einer besseren Position als der Großraum Biberach? Wenn wir uns den Klimaschutz nicht leisten können, kann es sonst auch niemand.“ Der derzeitige Bebauungsplan passe aber nicht zu dem, was die Fraktionen an Klimaschutz fordern.

Mehr als 100 Detailfragen

In einer schriftlichen Anfrage hatte die ÖBB-Fraktion bereits vor der Sitzung einen Fragenkatalog mit mehr als 100 Detailfragen eingereicht. In Teilen ging der Zweckverband darauf ein: Klargestellt wurde unter anderem, dass der Bebauungsplan zwar die Flächen sichere, in denen ein Bahnhalt und ein Gütergleis gebaut werden können. Die konkrete Planung müsse allerdings durch die Deutsche Bahn oder in deren Auftrag erfolgen. „Die Personenhaltestelle ist im aktuellen Konzept der Regio-S-Bahn als optionaler Halt dargestellt“, heißt es in der schriftlichen Antwort des Verbands. Zum Thema Altlasten auf dem IGI-Gelände führte der Verband aus: „Für die Aussage, dass mehr Altlasten vergraben liegen als angenommen, gibt es bisher keine Anhaltspunkte.“ Auf das Risiko werde allerdings im Kaufvertrag hingewiesen. Der Verband bestätigte zudem erneut, dass die Firmen Handtmann, Liebherr und Manz konkretes Interesse und entsprechenden Bedarf angemeldet haben.

Im Hinblick auf eine mögliche Hochwassergefahr wurde klargestellt, dass das IGI Rißtal auch im Extremfall außerhalb des gefährdeten Gebiets liegt. „Die Planung geht davon aus, dass mit Ausnahme eines Katastrophenfalls keine Verschärfung der Hochwassersituation gegenüber dem Ist-Zustand durch das geplante IGI zu erwarten ist.“

Keine Wasser-Verschlechterung

Auch bei den Auswirkungen auf das Grundwasser seien „keine negativen Auswirkungen“ zu erwarten. „Dadurch, dass künftig der Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie Dünger im Plangebiet ausgeschlossen wird, ist sogar eher von einer Verbesserung der Grundwasserqualität auszugehen.“ Durch die Baumaßnahmen sei auch „kein wesentlicher Anstieg des CO₂- und Methan-Ausstoßes aus den Böden zu erwarten“.

Die Entscheidung im Warthäuser Rat fiel dann mit zehn Ja- (CDU, Großteil der FW) und vier Neinstimmen (ÖBB, Teil der FW) relativ eindeutig aus. Nun ist der Weg frei bei der Abstimmung im IGI-Zweckverband. Dort muss der Aufstellungsbeschluss gefasst werden und im kommenden Schritt werden dann Bürger und Träger öffentlicher Belange gehört.

Jautz legt Vorsitz nieder

Für Überraschung sorgte der Warthäuser Bürgermeister Wolfgang Jautz. Zunächst hatte der Tagesordnungspunkt nicht öffentlich verhandelt werden sollen, doch Gemeinderat Heribert Moosmann stellte den Antrag, den TOP öffentlich darzustellen. Alles andere erzeuge den Eindruck von „Gemauschel“, erklärte Moosmann. Daraufhin legte Jautz dar, dass Kämmerin Michaela Schuhmacher die Gemeinde verlassen werde. Weil damit Personal für die Leitung der IGI-Geschäftsstelle fehle, habe er die Mitgliedskommunen im Zweckverband um Mithilfe gebeten. Jautz sprach von einem Aufwand für Geschäftsstelle, der etwa 1,5 Stellen entspreche. „Das können wir nicht mehr leisten“, sagte er und verwies auf die Mitarbeiterzahlen. Während Schemmerhofen 27 Stellen und Maselheim 15 Stellen zählt, jeweils plus Ortsverwaltungen, kommt Warthausen nur auf 14 Stellen.

Die Gemeinde Schemmerhofen habe sich daher bereit erklärt, die Geschäftsstelle zu übernehmen. Da damit auch die Rolle des Vorsitzenden verbunden sei, werde er dieses Amt zum Jahresende niederlegen, betonte Jautz. Schemmerhofens Bürgermeister Mario Glaser bestätigte, dass die IGI-Geschäftsstelle ab 1. Januar 2020 der Schemmerhofer Verwaltung angegliedert werde. „Wir sehen uns in der Verantwortung und unser Gemeinderat ist bereits informiert.“ Er wolle zudem den Vorsitz im Zweckverband übernehmen. Darüber entscheidet dann die Verbandsversammlung, die Wahl Glasers zum Vorsitzenden scheint aber gesichert.
